



Niederschrift

7. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 08.09.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:48 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Marie Schäffer Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE Teilnahme bis 20:00 Uhr
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE Teilnahme bis 20:15 Uhr
Herr Lars Eichert CDU
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk SPD Teilnahme bis 19:05 Uhr
Herr Sebastian Olbrich AfD Teilnahme bis 19:40 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel BürgerBündnis
Herr Robert Hirsch CDU
Herr Frank Hübner Die Andere
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg
Dezernent
Geschäftsber.
Zentr.Verwaltung

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche SPD entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Peter Mundt DIE LINKE entschuldigt
Frau Dr. Sophia Rost Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz SPD entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Udo Sist Beirat für Menschen mit Behinderungen nicht entschuldigt

Schriftführer:

Herr Michel Duhn Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.08.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Ausschusszuständigkeitsordnung
Vorlage: 20/SVV/0514
Fraktionen
- 4.2 Transparenzsatzung
Vorlage: 20/SVV/0864
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
- 4.3 Mobile Bürgerbeteiligung
Vorlage: 20/SVV/0862
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.4 Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"
Vorlage: 20/SVV/0824
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

- 5 Berichterstattung: Online-Bewerbungen
gemäß Beschluss: 19/SVV1304

- 6 Sonstiges

- 7 Abschlussbericht über den IT-Sicherheitsvorfall

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Schäffer eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.08.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schäffer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden, stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur **Niederschrift der 6. Sitzung** des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 11.08.2020 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Enthaltungen **bestätigt**.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt Frau Schäffer folgende Änderung vor:
Der Tagesordnungspunkt 4.4 Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator „Eine Waldstadt“ soll bis zur kommenden Sitzung des PTD zurückgestellt werden.
Herr Jekel, Bereichsleiter Soziale Wohnhilfen, möchte zu diesem Thema einen Bericht geben, kann jedoch heute nicht im Ausschussanwesend sein, da er im heute zeitgleich stattfindenden Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zu mehreren Themen Stellungnahmen abgeben müsse.

Gegen Diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:
einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Herr Kärsten von der „Werstadt für Beteiligung“ berichtet, dass der Organisationsaufwand für Beteiligungsverfahren durch die Auflagen im Zusammenhang mit Corona deutlich erschwert würde. Besonders die Suche nach geeigneten Beteiligungsformaten und Räumlichkeiten stelle die Kollegen vor Herausforderungen.

Frau Wilke vom Beteiligungsrat erklärt, dass sich der Rat regelmäßig treffen würde, es aber aufgrund der aktuellen Lage weniger Beteiligungsthemen geben, die beraten werden müssten.

Frau Schäffer ergänzt, dass der Beteiligungsrat im November eine Klausurtagung abhalten werde um die Rolle des Beteiligungsrates neu zu definieren. In diesem Zuge sollen die Ausschussmitglieder in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ihre Wünsche für die Rolle des Beteiligungsrates formulieren.

Frau Dr. Müller befürwortet diesen Vorschlag. Sie macht auf die Schwierigkeit dieses Themas aufmerksam, denn die Positionierung des Beteiligungsrates hatte nach der Konstituierung ca. 8 Monate in Anspruch genommen. Sie empfiehlt die damals erstellten Unterlagen einzusehen um nicht gänzlich Neubeginnen zu müssen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Ausschusszuständigkeitsordnung

Vorlage: 20/SVV/0514

Fraktionen

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und erklärt, dass den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung betreffenden Inhalte der Satzung aus den Ergebnissen der Klausurtagung des Ausschusses übernommen wurden.

Da kein weiterer Redebedarf besteht wird die Vorlage anschließend zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß Anlage 1)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.2 Transparenzsetzung

Vorlage: 20/SVV/0864

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und berichtet von den Bisherigen Leistungen der Stadtverwaltung zum Thema Transparenz. Es gebe viele gute Ansätze, wie z. B. das Open-Data-Portal. Im Portal würden sich derzeit nur wenige und zum Teil veraltete Datensätze befinden. Hier sei Verbesserungspotential. Mit einer Transparenzsetzung könne verbindlich geregelt werden, welche Datensätze in welchem Zeitraum nach Erstellung im Open-Data-Portal veröffentlicht werden müssten.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches für Zentrale Verwaltung, erklärt, dass es das gemeinsame Ziel sei, mehr Inhalte im Open-Data-Portal zu veröffentlichen. Eine Satzung sei formell nicht nötig, da die Dateneinsicht

gesetzlich geregelt sei. Darüber hinaus müsse eine Satzung möglicherweise in Folge von Gesetzesänderungen zum Thema Dateneinsicht regelmäßig angepasst werden. Im Anschluss bringt Herr Jetschmanegg den folgenden Änderungsantrag ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum zweiten Quartal 2021 einen **Verfahrensvorschlag zu entwickeln** Transparenzsatzung für die Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen, nach der die proaktive, elektronische Veröffentlichung/Zugänglichkeit von behördlichen Informationen auf dem bestehenden städtischen Open-Data-Portal geregelt wird **erfolgen kann**. Ziel ist eine Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten, sofern dem nicht ein höheres Schutzinteresse entgegensteht.*

Insbesondere für kommunal erhobene Umweltdaten, Geodaten, Gutachten, Statistiken, Verträge zur Daseinsvorsorge und Verwaltungsvorschriften soll ein Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger für eine zentrale Zugänglichkeit zu vorhandenen Verwaltungsdaten nach Open-Data-Prinzipien vorgesehen werden.

Herr Eichert spricht sich für den Änderungsantrag der Verwaltung aus. Eine Vereinbarung sei schneller umzusetzen als eine Satzung. Im Weiteren sind sich die Ausschussmitglieder einig darüber, dass es derzeit für Bürger schwer nachvollziehbar sei, welche Informationen ihnen zustehen und wo diese zu finden seien.

Herr Jetschmanegg betont, dass Informationen im Open-Data-Portal gebündelt werden sollen, auch wenn es hierbei möglicherweise zur Doppelung von Datensätzen an anderer Stelle kommen könne. Die Daten seien dort besser abrufbar und könnten besser ausgewertet werden.

Herr Marquardt gibt zu bedenken, dass es bereits eine umfangreiche Open-Data-Strategie seitens der Verwaltung gebe, es jedoch an der Umsetzung mangle. Es müssten tausende Datensätze veröffentlicht werden. Dieser Antrag soll dem Projekt noch einmal Nachdruck verleihen, egal für welches Format sich am Ende geeinigt werde. Er schlägt vor, den Fortschritt des Portals im Ausschuss regelmäßig auszuwerten und ggf. nachzusteuern.

Im weiteren Verlauf der Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, den 2. Ansatz in beiden vorliegenden Versionen der Vorlage zu streichen.

Im Anschluss wird der Änderungsantrag der Verwaltung inklusive der Streichung des 2. Absatzes zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:
mehrheitlich **abgelehnt**,
bei 3 JA-Stimmen.

Anschließend wird der ursprüngliche Antrag inklusive der Streichung des 2. Absatzes zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung:
mit Stimmenmehrheit angenommen

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum zweiten Quartal 2021 eine Transparenzsatzung für die Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen, nach der die proaktive, elektronische Veröffentlichung/Zugänglichkeit von behördlichen Informationen auf dem bestehenden städtischen Open-Data-Portal geregelt wird. Ziel ist eine Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten, sofern dem nicht ein höheres Schutzinteresse entgegensteht.

~~Insbesondere für kommunal erhobene Umweltdaten, Geodaten, Gutachten, Statistiken, Verträge zur Daseinsvorsorge und Verwaltungsvorschriften soll ein Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger für eine zentrale Zugänglichkeit zu vorhandenen Verwaltungsdaten nach Open-Data-Prinzipien vorgesehen werden.~~

zu 4.3 Mobile Bürgerbeteiligung

Vorlage: 20/SVV/0862

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Schulz, den komm. Fachbereichsleiter für Kommunikation und Partizipation.

Herr Schulz bringt die folgende neue Fassung ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Bürgerbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- *Anschaffungs-, Betriebs- Lagerungs- und Transportaufwand eines Pavillons bzw. Containers*
- *Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wachschutz*
- *Eigene personelle Kapazitätsbeanspruchung und Aufgabenkonkurrenz in der Verwaltung*

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn Ausstellungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der neuen Unterbringung der Bauverwaltung realisiert werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 Bericht zu erstatten.

Er erklärt weiter, dass die Beschaffung eines Pavillons nur der erste Schritt sein könne. Es müssen darüber hinaus auch organisatorische, inhaltliche und personelle Aspekte beachtet werden, die eine Bürgerbeteiligung mit sich bringe, weshalb die Verwaltung einen Prüfauftrag für sinnvoller hält.

Im Verlauf der sich anschließenden Diskussion sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, die mobile Bürgerbeteiligung möglichst flexibel zu gestalten. Als vorbildliches Beispiel wird Arbeit des „Projektteam Bürgerhaushalt“ hervorgehoben.

Ebenfalls wird die Frage nach dem Verbleib und der Nutzbarkeit des roten Containers gestellt, welcher vom Sanierungsträger am Alten Markt für Bürgerbeteiligung aufgestellt wurde.

Herr Jetschmanegg gibt zur Kenntnis, dass es für die Verwaltung nicht ganz eindeutig war, was mit dem Beschluss bezweckt werden solle. In der Begründung wird zum einen auf Mobilität abgezielt, was auf die Beschaffung eines Zelt-Pavillons hindeutet, zum anderen auf eine ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung verwiesen, für die eine Containerlösung die bessere Wahl wäre. Der Begründung nach gehe es auch mehr um ein konzeptionelles Verfahren zur Bürgerbeteiligung als um die reine Beschaffung eines Zeltes/Containers. Bisher habe die Stadtverwaltung immer Räumlichkeiten vor Ort oder entsprechendes mobiles Equipment angemietet.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Dr. Müller, Fraktion DIE LINKE, beantragt die **Zurückstellung** der Drucksache und bittet die Verwaltung zu prüfen, welche Alternativen zu einem Pavillon für Bürgerbeteiligung genutzt werden können und inwieweit der rote Container des Sanierungsträgers dafür genutzt werden könne.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit 3 Gegenstimmen abgelehnt.

bei 3 Ja-Stimmen und
einer Enthaltung.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die neue Fassung der Verwaltung soweit einzukürzen, dass nur der erste und der letzte Satz stehen bleiben. Herr Eichert spricht sich gegen diesen Vorschlag aus.

Im Anschluss wird die neue Fassung der Verwaltung zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

die neue Fassung wird:

einstimmig abgelehnt.

Im Anschluss daran wird die ursprüngliche Fassung des Antrages zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Pavillon anzuschaffen, der anlass- und ortsbezogene Bürgerbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 3 JA-Stimmen

Damit empfiehlt der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung der Stadtverordnetenversammlung die DS 20/SVV/0862 abzulehnen.

- zu 4.4** **Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"**
Vorlage: 20/SVV/0824
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Zurückgestellt.

- zu 5** **Berichterstattung: Online-Bewerbungen**
gemäß Beschluss: 19/SVV1304

Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, erläutert den aktuellen Sachstand. Es haben Gespräche mit der Softwarefirma stattgefunden und zum Jahreswechsel können Onlinebewerbungen vom Personalbereich entgegengenommen und vollständig im System abgearbeitet werden. Dies sei auch eine große Entlastung für die zuständigen Mitarbeiter.

Frau Dr. Müller erfragt, ob die aktuelle Software auch anonymisierte Bewerbungsverfahren ermögliche. Herr Jetschmanegg wird diese Information in der kommenden Ausschusssitzung nachliefern.

- zu 6** **Sonstiges**

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

- zu 7** **Abschlussbericht über den IT-Sicherheitsvorfall**

Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, erläutert den öffentlichen Teil des Abschlussberichtes anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation.